



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2021/0635

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

16.04.2021

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Schulausschuss	26.04.2021	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Initiative zur Förderung der mehrsprachigen Schüler*innen

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.04.2021

Anlage/n:

0635 - Antrag

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Mülheimer Str. 7A · 51375 Leverkusen

Stadt Leverkusen
Herrn Oberbürgermeister Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen

Marc Nohl
Geschäftsführer

Geschäftsstelle
Mülheimer Str. 7A
51375 Leverkusen
Tel.: +49 (214) 50 33 08
Fax: +49 (214) 5 84 17
fraktion@gruene-lev.de

Leverkusen, 15. April 2021

Initiative zur Förderung der mehrsprachigen Schüler*innen: Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien:

Leverkusen startet eine umfassendere Initiative für Schüler*innen aller Stufen und Schulformen zur Förderung in der Bildungssprache des Deutschen. Dazu initiiert und fördert die Verwaltung Kooperationen mit Organisationen wie „Teach First“ an allen Schulformen.

Begründung:

Konsequenzen aus dem Bildungsbericht 2020/21 der Stadt Leverkusen:

Wir benötigen einen kommunalen Bildungsschutzschirm insbesondere für mehrsprachige Kinder und Jugendliche in Leverkusen.

Insgesamt liegt die Zahl der Schüler*innen mit Zuwanderungsgeschichte in Leverkusen im Schuljahr 2020/2021 bei 54 Prozent (bzw. je nach Betrachtungsweise auch bei 57 Prozent).

Das sind mehr als die Hälfte unserer Schüler*innen und somit keine Randgruppe, sondern eine sehr sichtbare Gruppe junger Menschen, die eine entsprechende Aufmerksamkeit verdient.

Viele dieser Schüler*innen besuchen die Hauptschule. An Gesamtschule und Gymnasium gelingt deutlich weniger Schüler*innen der Übergang in die Oberstufe.

Bildung als echtes Querschnittsthema erfordert gerade mit Blick auf die zunehmende Bildungsgerechtigkeit im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie Anstrengungen auf allen politischen Ebenen.

Bildung muss im 21. Jahrhundert nachhaltig angelegt und auf die globalen 17 SDGs (Ziele für nachhaltige Entwicklung) ausgerichtet sein.

Bedarf besteht sowohl in personeller als auch in räumlicher Gestalt. Die Kommune muss finanzielle Mittel bereitstellen, um Mehrarbeit von im Bereich Deutsch als Zweitsprache erfahrenen Lehrpersonen innerhalb der Schulen zu finanzieren. Ebenso soll die Kommune Sprachpat*innen einstellen, die die Begleitung und Förderung von mehrsprachigen Schüler*innen sowohl innerschulisch als auch an außerschulischen Bildungsstätten übernehmen. Die einzelnen Schulen selbst können dies von sich aus aufgrund der angespannten Personalsituation oftmals nur in eingeschränktem Umfang leisten.

Auch Studierende oder junge Menschen, die ein FSJ ableisten möchten, sollten unbürokratisch die Möglichkeit erhalten, an Schulen tätig zu werden, um unsere mehrsprachigen Schüler*innen zu unterstützen und deren Entwicklung auch längerfristig zu begleiten.

In der aktuellen Pandemiezeit wäre dies auch durch digitale Angebote über Teams möglich und könnte so umgehend in Angriff genommen werden.

Haushaltsmittel wurden im Haushalt 2021 bereitgestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Schulte
Mitglied des Schulausschusses

Roswitha Arnold
Fraktionsvorsitzende